

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

**AUSSPRACHE ZUR
REGIERUNGSERKLÄRUNG
ANLÄSSLICH DES NATO-
GIPFELS UND EUROPÄISCHEN
RATES**

**FÜR MEHR BEGRENZUNG IM
ASYLRECHT**

**SOFORTPROGRAMM FÜR DIE
DEUTSCHE WIRTSCHAFT**

SONSTIGES

ÖFFENTLICHE DEBATTE



SERAP GÜLER



SGUELER



SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Migration ist eines der drängesten Probleme. Deswegen haben wir auch in dieser Woche wieder einen Antrag zur Begrenzung eingebracht. Mittel- und langfristig wollen wir das Konzept der sicheren Drittstaaten zum Leitprinzip des europäischen Asylrechts machen: „Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa“. **Wer in der EU Asyl beantragt, soll zukünftig in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt werden und dort das Asylverfahren durchlaufen.**

Darüberhinaus haben wir uns für ein Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft eingesetzt: Unternehmen und Verbraucher benötigen günstigere Energie, durch eine Ausweitung des Energieangebots und die Reduzierung der Stromsteuer. Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Steuerbelastung von Unternehmen soll auf 25 Prozent sinken.

Im Weiteren finden Sie wie üblich einen Überblick über meine öffentlichen Statements und Auftritte sowie **meinen Gastbeitrag, in dem ich fordere, dass Jugendoffiziere in Schulen über unsere Sicherheitslage aufklären sollten.**

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen, freue mich auf Ihre Rückmeldung und danke Ihnen für Ihr Interesse an meiner Arbeit!

Aussprache zur Regierungserklärung anlässlich des NATO-Gipfels und Europäischen Rates

Beim NATO-Jubiläumsgipfel vom 9. bis 11. Juli in Washington werden die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und des Abschreckungspotentials sowie die Steigerung der Verteidigungsausgaben im Fokus stehen. Deutschland wird unter Hinzuziehung des Sondervermögens für die Bundeswehr und einer breiten Interpretation der sonstigen verteidigungsrelevanten Ausgaben in diesem Jahr erstmals die NATO-Vorgaben erfüllen. Einen glaubwürdigen Plan zur Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels nach Auslaufen des Sondervermögens bleibt die Bundesregierung weiterhin schuldig – somit bleibt „Zeitenwende“ mehr Wort als Tat. Beim Europäischen Rat sollen u.a. die Lage im Nahen Osten, die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden. Übergreifend wird die weitere Unterstützung der Ukraine in beiden Organisationen bestimmendes Thema sein. **Sowohl die NATO als auch die Europäische Union brauchen Kontinuität und Stabilität. Der Europäische Rat muss daher die Weichen für eine zweite Amtszeit von Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission stellen, die als Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei die Wahlen zum Europäischen Parlament gewonnen hat.** Unter ihrer Führung müssen rasch die notwendigen Kurskorrekturen, vor allem im Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, vorgenommen werden. In der NATO muss der unter Generalsekretär Stoltenberg eingeschlagene und richtige Kurs fortgesetzt werden. Die Ukraine muss weiterhin politisch, militärisch und finanziell so unterstützt werden, dass sie den Krieg aus einer Position der Stärke beenden kann. Die Bundesregierung steht in beiden Organisationen unter Beobachtung. Die oft selbst beanspruchte und auch von unseren Alliierten und Partnern erwartete Führungsrolle muss endlich angenommen und untermauert werden, um nicht noch weiter an Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu verlieren. Die ständige Enthaltung zu wichtigen europäischen Fragen („German Vote“) und Blockadehaltung in Brüssel müssen der Vergangenheit angehören. Insbesondere bei den Verteidigungsausgaben ist die Bundesregierung nun gefordert, im Rahmen des nächsten Haushalts einen belastbaren Finanzplan zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit vorzulegen.

„Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa – Für mehr Begrenzung und Humanität im Asylrecht“

Die Regierungspolitik der ungesteuerten Migration hat keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Die hohe Zahl der Asylsuchenden überfordert die Aufnahmekapazitäten und Integrationsmöglichkeiten Deutschlands bei Weitem, zumal Deutschland eine zusätzliche humanitäre Verpflichtung für 1,1 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wahrnimmt.

Wir wollen die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zurückgewinnen, irreguläre Migration stoppen und humanitäre Migration auf ein integrierbares Maß begrenzen. Dafür haben wir in mehreren Anträgen und in unserem 26-Punkte-Plan vom Oktober 2023 kurzfristig wirksame Maßnahmen vorgelegt. Mittel- und langfristig wollen wir das Konzept der sicheren Drittstaaten zum Leitprinzip des europäischen Asylrechts machen: „Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa“. Wer in der EU Asyl beantragt, soll zukünftig in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Erfolgreiche Anträge führen zu Schutz im Drittstaat, negative Entscheidungen zu einer Rückkehr in das Herkunftsland. Damit erreichen wir mehr Humanität und Kontrolle in der Migrationspolitik, zerschlagen das Geschäftsmodell der Schleuser und stellen durch Kontingentaufnahme die Hilfe für diejenigen Menschen in den Mittelpunkt, die unseren Schutz wirklich benötigen.

Unterlassene Hilfeleistung beenden – Wirtschaftswende jetzt einleiten – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

Mit unseren Anträgen Unterlassene Hilfeleistung beenden – Wirtschaftswende jetzt einleiten – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft und Für Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit – Die deutsche Wirtschaft braucht jetzt ein Sofortprogramm stellen wir dringend benötigte und schnell wirksame Maßnahmen für eine echte „Wirtschaftswende“ in den Vordergrund. Die aktuelle Wirtschaftslage ist weiterhin kritisch und fragil. Deutschland befindet sich in einer Rezession. Der Industriestandort leidet besonders unter den hohen Energiekosten, zu viel Bürokratie und dem schwachen weltwirtschaftlichen Umfeld, nicht zuletzt der Konjunkturschwäche Chinas. Wir fordern deshalb strukturelle Verbesserungen für eine echte wirtschaftspolitische Trendwende – wie ein Belastungsmoratorium und Maßnahmen zur spürbaren und raschen Bürokratieentlastung. Unternehmen und Verbraucher benötigen günstigere Energie, durch eine Ausweitung des Energieangebots und die Reduzierung der Stromsteuer. Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Steuerbelastung von Unternehmen soll auf 25 Prozent sinken.

Fraktions-Enquete „Frieden und Sicherheit in Europa

Die letzten Jahre haben uns gezeigt: Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich.

Russland versucht im Verbund mit China, Iran und Nordkorea, Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa zu untergraben. Russland verschiebt territoriale Grenzen, verachtet unsere demokratische Ordnung und nutzt Migration als Waffe. **Wir wollen nicht tatenlos zusehen. Wir wollen handeln.**

Deswegen haben wir mit der Fraktions-Enquete „Frieden und Sicherheit in Europa“ eine Kommission ins Leben gerufen, die sich über ein Jahr systematisch mit den Gefahren für Europa beschäftigt. In Zusammenarbeit mit renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sollen Antworten auf diese Gefahren erarbeitet werden. Wie können wir das russische Expansionsstreben eindämmen?

Wie lässt sich die deutsche Wirtschaft unabhängiger gegenüber China aufstellen? **Wie schützen wir die demokratische Ordnung und ihre Strukturen vor Spionage und Unterwanderung? Mit all diesen Fragen wird sich die neue Fraktions-Enquete beschäftigen.**



Menschen, die unseren Rechtsstaat mit Füßen treten, müssen mit den Konsequenzen leben



Menschen gehen in Deutschland auf die Straße, um gegen den Terror in Nahost zu demonstrieren. Anschlagpläne auf den Kölner Dom werden in Afghanistan geschmiedet. Russische Propaganda in den sozialen Medien beeinflusst Menschen und Wahlen. Und ein imperialistischer Angriffskrieg in Europa zwingt uns in der Verteidigungspolitik zur Kehrtwende. Darüber haben Herbert Reul und ich im Kölner Stadt Anzeiger geschrieben. Ich freue mich, wenn Sie einen Blick auf werfen!

[Hier geht's zum Gastbeitrag.](#) 

Weltoffene Gastfamilien für US-Stipendiaten gesucht

Geborgenheit und Sicherheit schenken während des Schüleraustauschs und dabei selbst eine bereichernde Erfahrung machen: Ab September 2024 haben Familien in der Region die Möglichkeit, ein Gastkind aus den USA für ein ganzes Schuljahr bei sich zu Hause aufzunehmen. Rund 50 Stipendiatinnen und Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) reisen diesen Herbst mit der gemeinnützigen Jugendaustauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. nach Deutschland. Die jungen US-Amerikaner lernen die deutsche Kultur und Sprache kennen, knüpfen neue Freundschaften und erweitern ihren Horizont. Zwischen den Gastkindern und ihren Gastfamilien entstehen nicht selten lebenslange Freundschaften. **Interessierte, die einen PPP-Stipendiaten ab September 2024 aufnehmen möchten, können sich direkt an die Austauschorganisation AFS wenden - unter der Telefonnummer 040 399222-90 oder per E-Mail an gastfamilie@afs.de.**



Besuch bei "Lanz"



Bin ein großer Fan der deutschen Mannschaft. Finde die Jungs einfach sympathisch und gucke gerne die Spiele. Auf den Unfug, den die AfD gerade verbreitet, muss man erstmal kommen.. Ich freue mich jedenfalls auf unsere Jungs im Achtelfinale!

[Hier gehts zur Folge in der Mediathek.](#) ✨

Gastbeitrag in der WELT zu Jugendoffizieren

Wissen Sie eigentlich, was ein Jugendoffizier macht? Oft stellt man sich unter diesem Begriff Soldatinnen und Soldaten vor, die in Schulen gehen und versuchen, Minderjährige für die Bundeswehr zu werben. In Wahrheit geht es um pädagogisch ausgebildete Männer und Frauen, die Schülerinnen und Schüler objektiv sicherheitspolitisch bilden. Warum es so wichtig ist, dass sie in unseren Schulen aufklären, habe ich hier zusammen mit Thomas Jarzombek aufgeschrieben.



[Hier gehts zum Gastbeitrag.](#) ✨

Patriotismus und Sport



Hui, das war letzte Woche aber zum Ende hin ein aufregendes Spiel unserer Mannschaft. An uns soll's nicht gelegen haben, wir haben alles gegeben. Davor durften Florian Braun und ich mit Thomas de Maizière über Sport und Patriotismus reden. Wie Thomas de Maizière richtig sagte: ob in der Bundeswehr oder im Sport: Kameradschaft ist alles. Danke an alle Anwesenden für den tollen Abend! Auf geht's ins Achtelfinale!

Impressum:

Herausgeber:
Serap Güler MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.I.S.D.P.:
Nora Zabel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kontakt:

 Serap.gueler.wk@bundestag.de